



Die Gleichgültigkeit der Bevölkerung gegenüber der bürgerschaftlichen Teilhabe wächst.

IMAGO IMAGES

## Die Katastrophe ist, dass es so weitergeht

Der Populismus ist hausgemacht – und die Rezepte gegen ihn sind die falschen. Von Christian Lotz

In Argentinien treten Wahlge-  
winner jetzt mit Kettensägen  
aufs Podium, in den Niederlanden  
wird im Namen der Freiheit das  
Land wieder als „unseres“ dekla-  
riert, und in den USA spricht ein  
ehemaliger Präsident und Präsi-  
dentschaftskandidat der Republi-  
kaner von linkem „Ungeziefer“  
und den „radikalen, linken Scher-  
gen“ („thugs“), von denen die  
USA gesäubert werden solle. Sei-  
ne „Fans“ – wie die politischen  
Anhänger oft in den Medien ge-  
nannt werden – grölen im Hinter-  
grund und schwenken nett ihre  
Fahnen, um ja ein gutes Bild für  
die Kamera zu erzeugen.

Keine Frage. Da holt sich je-  
mand die Demokratie zurück. Da  
sind die Töne aus Deutschland  
über das „links-grün-versiffte“,  
also das „verdeckte Milieu“,  
nicht mehr weit weg. Man ersetze  
nur „verdeckt“ mit „entartet“. In  
Italien ist das Attribut „post-fa-  
schistisch“ schon lange kein Ma-  
kelzeichen mehr, in Frankreich  
wird eine rassistische Kandidatin,  
die alle liebevoll nur „Marine“  
nennen, fast Präsidentin, und in  
Deutschland vergleicht ein Bun-  
destagsvizepräsident den gegen-  
wärtigen Vizekanzler mit „dem  
Führer“. Wörtlich: „Putin und  
Habeck haben eine ähnliche  
Überzeugung davon, dass der  
Staat, der Führer, der Auserwäh-  
te, besser weiß als die Menschen,

was für sie gut ist.“ Da kommt  
es einem dann nicht mehr absonder-  
lich vor, wenn diese Rhetorik sich  
auch in Taten wiederfindet: dieser  
Vizekanzler wird mit angedrohter  
Gewalt am Verlassen einer Fähre  
gehindert. Und als wäre das nicht  
genug, treffen sich reiches Bürger-  
tum, Vertreter der AfD, und offen  
sich bekennende Faschisten bei  
Bier und Wein, um einen Plan  
auszudenken, wie die Umsiedlung  
der nicht arischen Bevölkerung  
ins Werk gesetzt werden kann.

Wie wir wissen, haben die  
deutschen Nazis um Eichmann  
herum auch erst daran gedacht,  
die jüdische Bevölkerung „umzu-  
siedeln“, bevor schließlich die  
Endlösung am Wannsee beschlos-  
sen wurde. Das hieß schon damals  
„forcierte Auswanderung“. Da  
mag man nur noch mit Herbert  
Grönemeyer rufen: „Was ist los?  
Das ist, was ist los!“

**Populismus ist kein politischer Stil**  
Ohne Zweifel: die Töne in der  
medial vermittelten politischen  
Realität werden von Tag zu Tag  
schiller, und trotz aller Verschie-  
denheiten, Traditionen, und ver-  
fassungsmäßiger Unterschiede in  
Ländern wie Italien, Argentinien,  
Ungarn oder den USA, wird man  
doch das Gefühl nicht los, dass  
wir es zwar noch nicht unbedingt  
mit einem Untergang der libera-  
len Demokratien zu tun haben,

aber doch der Geist aus der Fla-  
sche ist. In der Politikwissenschaft  
und in den Medien geht es  
manchmal nur darum, Populis-  
mus als einen politischen Stil zu  
verstehen, d.h. als eine bestimmte  
Form politischer Kommunikation  
und Versprachlichung von Sach-  
verhalten. Wie etwas gesagt wird,  
ist das Anstößige. Dabei wird  
übersehen, dass die vielfältigen  
gesellschaftlichen Tendenzen, die  
wir seit Jahren beobachten könn-  
en, eher auf systemische Proble-  
me hinweisen als auf eine politi-  
sche Strategie. Wähler:innen zu  
gewinnen oder sich an der Macht  
zu halten. Politiker und Vertreter-  
innen gesellschaftlicher oder po-  
litischer Organisationen für ihre  
Rhetorik anzugreifen, verbleibt an  
der Oberfläche, solange wir nicht  
begreifen, dass wir hier ein gesell-  
schaftliches und kein sprachliches  
Problem vor uns haben.

**Kapitalismus** Kapitalismus und De-  
mokratie entwickeln sich nicht  
als harmonische Einheit, wie es  
lange seine liberalen Verfechter  
behauptet haben. Das zeigt sich  
nur umso mehr, so können wir  
hinzufügen, in der Unfähigkeit  
der politischen Systeme, der De-  
struktionslogik von Märkten, die  
sich unter Kapitalbedingungen  
beschleunigen und einen immer  
größeren Zwang ausüben, ange-  
messenen zu begegnen. Der kapita-

listische Zwang, den Mehrwert  
aus dem System heraus und zu-  
rück in die shareholder commu-  
nities zu pressen, scheint sich von  
der Politik, trotz aller rechtlichen  
Regulierungsprozesse, nicht mehr  
kontrollieren zu lassen. Die Angst  
der Bevölkerung vor der „unkon-  
trollierten Einwanderung“ ist in  
Wahrheit das Resultat der gesell-  
schaftlichen Dynamik. Der Wider-  
spruch zwischen einer dem Pläne-  
ten gerecht werdenden Lebens-  
weise und der Zwangsveranstal-  
tung der Wachstumsdynamik  
zeigt das nur immer deutlicher.

Trotzdem wird die expansive Er-  
weiterung von Ölfeldern in Alaska  
mit dem absurden Argument ge-  
rechtigt, 300 Arbeitsplätze und  
38,1 Prozent Wahlbeteiligung. In  
der öffentlichen Behandlung die-  
ser Auflösungstendenz wurde wie  
immer die Minorität als Majorität  
behandelt und die Sache so be-  
schrieben, als ob alle zur Wahl ge-  
gangen waren. Es ist kein Zufall,  
dass im Wahlbezirk Duisburg III  
viele Armutsviertel des Ruhrge-  
biets zu finden sind. Dass die ge-  
ringe Wahlbeteiligung und damit  
die Krise des letzten partizipati-  
ven Elementes der formalen und  
repräsentativen Demokratie ein  
Klassenphänomen ist, kann nur  
denjenigen verborgen bleiben, die  
die Wahlminorität als Repräsen-  
tantin des Ganzen uninterpretie-  
ren. Der politische Ausschluss  
hängt mit sozialem Ausschluss  
zusammen. Klassenstruktur und  
parlamentarische Demokratie  
hängen zusammen.

Die wachsende Gleichgültig-  
keit der Bevölkerung „gegenüber  
der bürgerschaftlichen Teilnahme  
an Politik“, d.h. die weitere Ab-  
koppelung von politischem Über-  
bau und Zivilgesellschaft, und der  
Zerfall demokratischer Sittlich-  
keit, wird von konservativen wie  
progressiven Beobachtern mit  
Sorge beobachtet. Herfried Münk-

lers Beobachtung, „dass die De-  
mokratie für die Lebensführung  
und -gestaltung der meisten Men-  
schen zunehmend an Bedeutung  
verliert“ ist der sichtbare Aus-  
druck der oft unsichtbaren sozia-  
len Klassenunterschiede. Demo-  
kratie ist nicht nur auf der Hoff-  
nung gebaut, dass Bürger und  
Bürgerinnen sich als Gleiche und  
Freie verstehen, sondern auch,  
dass sie demokratische und  
rechtsstaatliche Prinzipien nicht  
nur in ihren Einstellungen, son-  
dern vielmehr in ihrem Leben  
verankern. Je mehr aber die Ge-  
sellschaft sich durch Macht- oder  
Reichtumsunterschiede auszeich-  
net, je mehr sich Stadt- und Land-  
bevölkerung voneinander entfern-  
en, und umso mehr die gesell-  
schaftlichen Eliten sich nur noch  
in den Ballungszentren und  
Hauptstädten finden, umso sicht-  
barer wird die Entfremdung von  
Bevölkerung und Politik.

**Klassenunterschiede** Bei der letzten  
Landtagswahl in Nordrhein-West-  
falen im Ruhrgebiet ist die Wahl-  
beteiligung unter 50 Prozent ge-  
rückt. Im Wahlbezirk Duisburg-  
III gab es sogar ein Rekordtief von  
38,1 Prozent Wahlbeteiligung. In  
der öffentlichen Behandlung die-  
ser Auflösungstendenz wurde wie  
immer die Minorität als Majorität  
behandelt und die Sache so be-  
schrieben, als ob alle zur Wahl ge-  
gangen waren. Es ist kein Zufall,  
dass im Wahlbezirk Duisburg III  
viele Armutsviertel des Ruhrge-  
biets zu finden sind. Dass die ge-  
ringe Wahlbeteiligung und damit  
die Krise des letzten partizipati-  
ven Elementes der formalen und  
repräsentativen Demokratie ein  
Klassenphänomen ist, kann nur  
denjenigen verborgen bleiben, die  
die Wahlminorität als Repräsen-  
tantin des Ganzen uninterpretie-  
ren. Der politische Ausschluss  
hängt mit sozialem Ausschluss  
zusammen. Klassenstruktur und  
parlamentarische Demokratie  
hängen zusammen.

Die wachsende Gleichgültig-  
keit der Bevölkerung „gegenüber  
der bürgerschaftlichen Teilnahme  
an Politik“, d.h. die weitere Ab-  
koppelung von politischem Über-  
bau und Zivilgesellschaft, und der  
Zerfall demokratischer Sittlich-  
keit, wird von konservativen wie  
progressiven Beobachtern mit  
Sorge beobachtet. Herfried Münk-

*Wir sollten lieber  
über unsere  
Vorstellungen  
von einer besseren  
Gesellschaft streiten  
als über „Klimaziele“.  
Es ist eine Illusion  
zu glauben,  
dass man für ein  
Temperaturziel  
politisch kämpfen  
kann*

wenn sie im politischen Diskurs  
auftaucht, eben als politische Po-  
sition behandelt. Politiker und Po-  
litikerinnen können keine akade-  
mischen Debatten im Parlament  
halten. Die Meinungen sollen zwar  
rational durch Argumente abgesi-  
chert sein, aber Politik besteht ja  
gerade darin, dass die Positionen,  
die sich gegeneinander im antago-  
nistischen Wettstreit befinden,  
fehlbar sind, weil sie sich aus un-  
terschiedlichen Werthorizonten und  
pluralen Sichtweisen aufbauen.  
Hannah Arendt geht sogar so  
weit zu sagen, dass politische Dis-  
kussionen sich eigentlich um sol-  
che Dinge drehen, die gerade nicht  
im rationalen Sinne entscheidbar  
sind. Das steht aber dem wissen-  
schaftlichen Anspruch, wenn auch  
immer revidierbar, die Wahrheit  
zu präsentieren, völlig entgegen.  
Politik und Wissenschaft schlie-  
ßen sich gegenseitig aus.

Die Öffentlichkeit kann nicht  
wirklich wissen, ob die wissen-  
schaftlichen Experten wirklich  
welche Experten oder Expertin-  
nen die richtigen sind, wird ja von  
Experten bestimmt, und ist nicht  
das Resultat eines öffentlichen  
Prozesses. Das bedeutet, dass wir  
alle diesem Prozess vertrauen  
müssen. Seien wir ehrlich: kaum  
einer von uns ist in der Lage zu  
verstehen, ob die Modelle der Kli-  
mawissenschaft „richtig“ sind  
oder nicht. Kaum einer liest na-  
turwissenschaftliche Papiere wie  
die (digitalen) „morning paper“. Stattdessen müssen wir der Insti-

tution Wissenschaft vertrauen,  
und es gibt keinen Zweifel, dass  
wir das auch dürfen. Je mehr aber  
diese Wissenschaft und die For-  
schenden selbst in der Öffentlich-  
keit auftreten, und zwar als Ex-  
pert:innen und nicht als Intellek-  
tuelle, umso mehr werden diese  
selbst politisch positioniert.

Klimawissenschaft ist dann  
„links“. Greta Thunbergs Slogan  
„follow the science“ ist daher eher  
Ausdruck der Krise als deren Lö-  
sung. Es ist auch klar, dass in einer  
Welt, die von Trumps und Orbans  
bevölkert wird, und in der viele  
Gegenöffentlichkeiten von der di-  
gitalen Großindustrie gesteuert  
werden, sich das Vertrauen in den  
Prozess der politischen Willensbil-  
dung zersetzt. Wenn das Vertrauen  
in politische und rechtliche Insti-  
tutionen schwindet, muss sich  
niemand wundern, wenn Politiker-  
innen und Politikern, die für die-  
se Institutionen einstehen, auch  
nicht mehr geglaubt wird. Die  
Strategie von Populisten ist ja ge-  
rade, sich als Gegner von bestimm-  
ten staatlichen Institutionen dar-  
zustellen, während sie sich in die-  
sen bewegen. Damit zieht die  
Selbstzerstörung ins Parlament  
und in das Weiße Haus ein.

Als vor Jahren Senator Jim Im-  
hofe aus Oklahoma mit einem  
Schneeball in der Hand vor den  
Senat trat und sagte, dass man da-  
ran sehen kann, dass der Klima-  
wandel nicht stattfindet und eine  
Erfindung der Linken sei, so war  
das zwar idiotisch und ein Stunt  
für die Kamera, aber auch Aus-  
druck des Widerspruchs zwi-  
schen Politik und Wissenschaft.  
Imhofe war nämlich bewusst, dass  
die Umstellung der amerikani-  
schen Gesellschaft auf die radikalen  
Klimaziele hin nur durch massi-  
ve Staats Eingriffe in die Wirt-  
schaft zu erreichen ist. Und da ist  
der gute Mann aus Oklahoma, der  
die Idee des Sozialismus für eine  
des Teufels hält, natürlich dagegen.  
Was lernen wir daraus? Wir sollten  
lieber über unsere Zukunftsvor-  
stellungen von einer besseren Ge-  
sellschaft streiten als über sich nur  
abstrakt und in Zahlen zu definie-  
rende „Klimaziele“. Es ist eine Illu-  
sion zu glauben, dass man für ein  
bestimmtes Temperaturziel poli-  
tisch kämpfen kann.

**Moralisierung des politischen Prozes-  
ses** Populistische Politik ver-  
spricht genau das: den direkten  
Zugriff auf Ursachen, die jeder  
vermeint zu sehen – die bösen

Einwanderer, der schlechte Stra-  
ßenbau, die streikenden Zugführer  
oder die sich an Straßen klebenden  
Umweltschützer:innen. Damit  
wird eine Unmittelbarkeit vorge-  
täuscht, die sich in den morali-  
schen Empörungsdiskursen nur  
als konsequentes Echo ausdrückt,  
denn Moral ist nicht das Resultat  
von Erwägungen, sondern immer  
davor schon im Spiel, nämlich im  
Sinne von intuitiv anerkannten  
oder für wahr gehaltenen Prinzi-  
pien. Ein solcher auf Unmittel-  
barkeit aufgebauter politischer  
Streit verwickelt sich genauso wie  
die mit Wissenschaft verwobene  
Politik in innere Widersprüche,  
da beide die Urteilsbildung, die  
für einen vernünftigen Umgang  
miteinander nötig ist, verhindern.

Nur jemand, der gelernt hat,  
politische Urteile zu entwickeln,  
kann auch politische Urteilskraft  
haben; das gerade dann, wenn es  
darum geht, in einer Ausein-  
dersetzung, in der es nicht um  
„Rechthaben“ geht, zu politischen  
Lösungen zu kommen. Bei popu-  
listischen Verkürzungen der  
Sachlagen werden keine politi-  
schen Urteile gefällt, sondern mo-  
ralische Empörung direkt erzeugt.  
Über solche Unmittelbarkeiten  
oder über Fakten lässt sich jedoch  
nicht diskutieren. Die kann man  
nur anerkennen oder verleugnen.

**Instrumentalisierung** Wahlen wer-  
den inzwischen als technische  
Prozesse verstanden, die von oben  
herab gesteuert werden können.  
Damit übernehmen der Journalis-  
mus und die Politik die Ideologien  
der digitalen Technokraten und  
deren Träume einer völligen Kon-  
trolle menschlichen Verhaltens.  
Wenn am Wahlabend die standar-  
disierten Fragen von Journalisten  
und Journalistinnen kommen, gibt  
es immer wieder diese: „Was ha-  
ben Sie als Partei falsch gemacht,  
dass Sie nur x Prozent erreicht ha-  
ben?“ Diese normierte Journalis-  
tenfrage setzt voraus, dass Parteien  
und Politiker:innen das Wahler-  
gebnis instrumentell, d.h. tech-  
nisch, hervorbringen können.

Man muss nur an den richtigen  
Stellschrauben drehen, und das  
Ergebnis folgt dementsprechend.  
Das ist Populismus. Dass die  
Wahlprozesse jetzt immer mehr  
von Software, Algorithmen und KI  
gesteuert und manipuliert wer-  
den, ist die Konsequenz und nicht  
die Ursache dieser seit Jahren  
stattfindenden Technisierung von  
Politik und Steuerung politischer  
Information.

Noch gefährlicher ist, dass die-  
ses instrumentelle Verständnis des  
deliberativen und demokratischen  
Prozesses dazu führt, dass die  
Wählerinnen und Bürger auf ein  
Mittel zur Steuerung reduziert wer-  
den. Wer sich aber als Mittel zum  
Zweck instrumentalisiert fühlt,  
hört auf, sich ernst genommen und  
anerkannt zu fühlen. Populisti-  
scher Protest ist die Konsequenz.  
Wie sagte noch Adorno? „Wenn in  
der Tat der Fortschritt der Technik  
das ökonomische Schicksal der Ge-  
sellschaft weithin bestimmt, dann  
sind die technisierten Formen des  
Bewusstseins zugleich Vorzeichen  
jenes Schicksals. Sie machen die  
Kultur zur totalen Lüge.“ Hoffent-  
lich kommt es nicht dazu.

Christian Lotz ist Professor für Philoso-  
phie an der Michigan State University in  
East Lansing, USA.

## TIMES MAGER Mäusefluch



Von Sylvia Staude

Der Rauhaardackel hat einen  
stark erhöhten Puls. Und  
bellt. Liegt das bloß daran, dass er  
durch den Zaun die Langhaarda-  
ckeline sieht, die just spazieren  
geführt wird? Oder hat Frauchen  
das Gartentürchen offengelassen,  
so dass er entkommen konnte  
und nun im nahen Wald einen  
Hirsch jagt? Ach je, auch seine At-  
mung geht plötzlich extrem  
schnell, es könnte Letzteres sein.  
Und jetzt, kratzt er sich bloß, weil  
er sich bei einer Bekanntschaft ei-  
nen Floh eingefangen hat, oder  
wälzt er sich im frischen Dung?  
Und, schrecklichster aller Gedan-  
ken, was frisst er da? Frischen  
Hirsch oder die Leckerlis der  
Nachbarin? Wenn es so weiter-  
geht, wird er noch zu einer Da-  
ckelwurst werden.

Damit nicht mehr nur der  
Mensch, der menschlichen Nach-  
wuchs hat, diesen permanent  
überwachen kann, siehe Helikop-  
tereltern, hat eine französische  
Firma, die auf GPS-Technik spe-  
zialisiert ist, für Frauchen und  
Herrchen das „schlaue Hunde-  
halsband“ sowie eine kleinere  
Version für Katzen entwickelt.  
Gemessen werden Atmung, Herz-  
schlag, Aktivitäten. Und eine KI  
beantwortet Fragen der Besitzer.

Man sieht förmlich, wie die  
Tiere bei dieser Nachricht einen  
Freudentanz aufführen.

Nein, das war selbstverständ-  
lich ein Scherz. Man sieht viel-  
mehr, wie der Kater stünn-  
zelnd – denn Katzen können aus-  
drücklich bis zu 300 Gesichtsaus-  
drücke! – bereits Sabotage-Pläne  
schmiedet. Und, falls das nicht  
klappt, sogar Mord an der Futter-  
lieferantin nicht ausschließen  
würde. Lieber in Freiheit Mäuse  
jagen (müssen), als wissen, dass  
man beim Techtelmechtel mit der  
fieschen Getigiten unter Beob-  
achtung steht. Hunde sind da  
zweifelloso lockerer, aber wenn  
wir nach den Exemplaren gehen,  
die uns persönlich bekannt sind,  
wissen sie ein wenig Privatsphäre  
ab und zu durchaus zu schätzen.  
Sonst interveniert Frauchen/  
Herrchen immer dann, wenn es  
anfängt, richtig Spaß zu machen.  
Der Dackel denkt dabei auch an:  
Mauseloch aufbuddeln, dass die  
Brocken fliegen.

Propos Mäuse. Ein For-  
schungsteam hat herausgefunden,  
dass sich die Tierchen unter be-  
stimmten Bedingungen selbst er-  
kennen, also den sogenannten  
Spiegeltest bestehen – was nur  
wenige Tierarten können. Bedin-  
gung ist, dass ihnen Spiegel ver-  
traut sind, dass sie ähnlich ausse-  
hende Artgenossen um sich haben  
– und schließlich, dass ihnen ein  
gemeiner Mensch einen nicht ge-  
rade winzigen Fleck aufs Gesicht  
pinselt. Dann nämlich, so die For-  
schenden, putzen sich die solcher-  
art Getriebenen länger als üblich.

Gäbe es bereits Halsbänder für  
Tiere, mit denen deren Gedanken  
gelesen werden könnten, würden  
wir auch erfahren, wie sie fluch-  
ten.



„Schnauze voll“ ist keine ganz neue Ansage.

IMAGO IMAGES